

A 19 Urabstimmung über unverzichtbare Ziele einer Ampelkoalition

Antragsteller*in: Alfred Mayer (KV München)

Antragstext

1 Der Bundesvorstand möge für eine Urabstimmung über

2 den Koalitionsvertrag sorgen, die aber nur dann einen Sinn haben kann,
3 wenn es nicht nur um ein Ja oder Nein geht.

4 Es wird vorgeschlagen,
5 die Koalition davon abhängig zu machen, daß die dringendsten und am leichtesten
6 ohne
7 großen Verzicht zu verwirklichenden Ziele zwingender Teil des
8 Koalitionsvertrages werden und darüber von der Basis eine Auswahl treffen zu
9 lassen.

10
11 Ohne die mehrheitlich einbezogenen Ziele dürfte es dann zu keiner rotgrüngelben
12 Regierung kommen

13
14 Auch über eine Alternative sollte abgestimmt werden, die in einer
15 Minderheitsregierung allein mit der SPD zum Beispiel unter Duldung aus Kreisen
16 der CDU/CSU zu erwarten wäre, wo es inzwischen genügend Abgeordnete zu geben
17 scheint, die in der gegebenen Notlage für einen radikalen Klimaschutz jedenfalls
18 bei geheimer Abstimmung eintreten würden.

19
20 Das würde die 'Chance eröffnen, von Fall zu Fall bedeutende Umweltentscheidungen
21 zu erreichen, was mit der gegebenen Grundeinstellung dieser FDP kaum erreichbar
22 wäre.

23 Ich rechne mit einem steil nach oben steigenden Umweltbewußtsein in der
24 Bevölkerung, dem zu entsprechen mit einer in den nächsten entscheidenden vier
25 Jahren mitregierenden FDP so gut wie unmöglich wäre.

26
27 Die Fragen könnten zum Beispiel lauten:

28 Darf es nur eine rotgrüngelbe Koalition geben ? Ja () Nein ()
29 oder auch eine rotgrüne Minderheitsregierung mit Duldung durch andere Parteien ?
30 Ja () Nein ()

31
32 Markiere bitte die Punkte, die zur unverzichtbaren Voraussetzung einer Koalition

- 33 mit anderen
34 Parteien gemacht werden müssen ?
35
36 Tempolimit auf Autobahnen 130 km/h Ja () Nein ()
37 120 km/h Ja () Nein ()
38 110 km/h Ja () Nein ()
39
40 Schellstmögliche Streichung der Subventionen für Flugverkehr,
41 Flugzeugbau und Erhebung der Mineralölsteuer für alle im
42 deutschen Luftraum landende Flugzeuge Ja () Nein ()
43
44 Pfllicht zur Nutzung aller geeigneten Dächer und nicht nur der
45 von Neubauten Ja () Nein ()
46
47 Pyrolyse aller Kunststoffabfälle zur nahe 90%igen Rückgewinnung
48 der Rohstoffe ohne 'Rücksicht auf den Geldaufwand Ja () Nein ()
49
50 Einführung von Schutzzöllen für Waren, die unter Verletzung von
51 Menschenrechten und Ausbeutung von unwiederbringlichen
52 Naturschätzen hergestellt worden sind Ja () Nein ()
53
54 Verkürzung der gesetzlichen Wochen-, Jahres- und Lebens-
55 arbeitszeit statt eines zum Dogma erhobenen Wirtschafts-
56 wachstums mit damit immer weniger verbundenen Schaffung
57 von Arbeitsplätzen auf Kosten der Ressourcen Ja () Nein ()
58
59 Förderung der Landwirtschaft auf Ökoanbau beschränken Ja () Nein ()
60
61 Ausweisung von Gewerbeflächen und Bau von Bürogebäuden
62 in Großstädten mit Wohnungsmangel einstellen Ja () Nein ()
63
64 Sozialer Wohnungsbau nur noch durch den Staat und die Kommunen,
65 um mit den öffentlichen Mitteln auf Dauer bezahlbaren Wohnraum
66 zu schaffen. Ja () Nein ()
67
68 Wirtschaftsförderung ökologisch verträglich und notwendig und auch
69 nur noch in Gebieten mit großer Arbeitslosigkeit
70 und vielen leerstehenden Wohnung insbes. in den Neuen Bundesländern
71
72 und so weiter.

Begründung

Leider ist erst jetzt möglich, einen Antrag dieses Inhalts zu stellen, weil es unbegreiflich seit fünf Monaten keine Stadtversammlung mehr gegeben hat.

Bemühungen um einen inhaltlichen a.o. Parteitag wurden vom Stadtvorstand aktiv verhindert. Selbst eine

Entscheidung des Landesschiedsgerichts wurde ad absurdum geführt. Mehr auf www.gruene-zumutungen.de